



Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 04. Februar 2014

Vorlagen-Nr. 14-F-33-0016

**Elektronische Bürgerdienste
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 29.01.2014 -**

Im Dezember 2013 hat die Landeshauptstadt Wiesbaden ihr Portal für elektronische Bürgerdienste vorgestellt. Parallel dazu plant die neue Bundesregierung, einen einheitlichen Stammdaten-Account, ein sogenanntes Bürgerkonto einzuführen, um die Kommunikation mit der Verwaltung zusätzlich zu vereinfachen. Zur elektronischen Identifizierung soll der neue elektronische Personalausweis genutzt werden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, inwieweit das Wiesbadener Portal für elektronische Bürgerdienste mit dem System eines Bürgerkontos kompatibel wäre, sobald die technische Ausgestaltung des Systems auf Bundesebene bekannt ist.

Beschluss Nr. 0005

Der gem. Antrag von CDU und SPD vom 29.01.2014 betr.

Elektronische Bürgerdienste

hat durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2014

Apel
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher
Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2014

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .02.2014

Dezernat VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich
Oberbürgermeister